



Eine Reihe von Verhaftungen, die am 12. Dezember während einer Pariser Demonstration von Zehntausenden von Menschen gegen Frankreichs umstrittenes Sicherheitsgesetz durchgeführt wurden, waren „willkürlich“, veröffentlichte Amnesty International Frankreich am Montag.

Von 142 Personen, die verhaftet wurden, „wurden am Ende fast 80 Prozent nicht angeklagt“, so eine Studie Amnesty International Frankreich (AIF).

Ein ähnliches Verhältnis von Festgenommenen zu erhobenen Anklagen gab es bei der „Gelbwesten“-Bewegung, die Ende 2018 und Anfang 2019 ihren Höhepunkt erreichte, so der Pariser Staatsanwalt Remy Heitz.

Die AIF, die sich einem Dachverband gegen das Sicherheitsgesetz angeschlossen hat, sagte, sie habe „einen berechtigten Verdacht, dass es willkürliche Verhaftungen und andere Menschenrechtsverletzungen gab“.

Das Gesetz, das inzwischen in seiner ursprünglichen Form verworfen wurde, hätte die Veröffentlichung von Fotos von Polizeibeamten im Dienst in sogenannter böswilliger Absicht unter Strafe gestellt, was als Einschränkung der Pressefreiheit verurteilt wurde.

Anne-Sophie Simpère von AIF, die Autorin des Berichts, sagte gegenüber der AFP, dass es bei dem Protestmarsch am 12. Dezember im Zentrum von Paris keine nennenswerte Gewalt gegeben habe und fügte hinzu: „Nichts scheint zu rechtfertigen, was die Verhaftungen betrifft.“

Der Bericht konzentrierte sich auf polizeiliche Befragungen, ärztliche Atteste und gerichtliche Dokumente in 35 Fällen von Personen, die festgehalten, aber nicht angeklagt wurden. Zwei wurden fast fünf Stunden lang festgehalten, während die anderen 33 über Nacht in Polizeigewahrsam gehalten wurden.

Ein starkes Polizeiaufgebot Kesselte damals die Demonstranten auf allen Seiten ein, so dass keiner von ihnen den Protest verlassen konnte, berichteten AFP-Journalisten.

Auf der Grundlage von Zeugenaussagen und Videomaterial sagte Amnesty, dass den Verhaftungen keine „hörbaren Warnungen“ vorausgingen und sie zu einem Zeitpunkt erfolgten, als keine „signifikante Unruhe“ bei der Demonstration zu verzeichnen war.

Alexis Baudelin, ein Anwalt, der damals auch in Gewahrsam genommen wurde, sagte gegenüber der AFP: „Ich war von der Strategie überrascht... An jeder Kreuzung stürmten die



Sicherheitskräfte ohne Grund oder Vorwarnung auf die gewaltlosen Demonstranten ein.“

Die offensive Taktik zielte darauf ab, die Bildung von anarchistischen Gruppen des „Schwarzen Blocks“ nach zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden mit gewalttätigen Demos in Paris zu verhindern, sagte die Polizei später.

Amnesty wies auch auf „Verhaftungen auf der Grundlage vager Gesetze“ hin, insbesondere eines gegen die „Teilnahme an einer Gruppe mit dem Ziel, Gewalt zu planen“, das in 25 der untersuchten Fälle angeführt wurde.

In nur zwei der untersuchten Fälle hatten die Verhafteten Gegenstände bei sich, die den Verdacht auf Gewaltbereitschaft begründen konnten.

„Es ist ein Sammelbegriff für Straftaten“, sagte Simpère. „Man bestraft eine Tat, bevor sie begangen wurde.“

Solch ein Vorgehen ist „unangemessen und kann die Menschenrechte verletzen“, sagt der Amnesty-Bericht.

Lara Bellini, deren 16-jähriger Sohn 20 Stunden lang festgehalten wurde, bevor er ohne Anklage freigelassen wurde, sagte der AFP: „Die Polizei sagte mir, er gehöre zu einer kriminellen Bande. Es war unverständlich... Mein Sohn ist ein Aktivist, aber er ist in keiner Weise ein gewalttätiger Mensch.“

In fünf der Fälle hat die Polizei ein Gesetz vom März 2019 genutzt, um ein Demonstrationsverbot von bis zu sechs Monaten zu verhängen.

Das Verbot kommt einer „Bestrafung ohne Gerichtsverfahren“ gleich, ohne auch nur die Möglichkeit der Berufung, sagte Amnesty und forderte das Parlament auf, das Gesetz zu streichen.